

Kleine Anfrage 4212

des Abgeordneten Péter Vida (fraktionslos)

an die Landesregierung

Tätigkeit von Jugendämtern

Viele Jugendämter sind personell teilweise schlecht aufgestellt und durch Problemfällen (Kindeswohlgefährdungen) zunehmend stärker beansprucht bzw. überlastet. Da ist es nicht immer leicht, die Gratwanderung zwischen Kindeswohl in der Familie und besorgten Hinweisen von Nachbarn zu vollziehen. Auch fühlen sich oft die Hinweisgeber nicht ernst genommen und erhalten keine für sie zufriedenstellende Behördenantwort.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Hinweise zu Kindeswohlgefährdungen sind 2017 und 2018 bei den Jugendämtern eingegangen?
2. Wie viele dieser Hinweise waren berechtigt und führten zu einem Eingreifen des Jugendamtes in Form von Hausbesuchen, Betreuungsangeboten u. ä.?
3. In wie vielen Fällen kam es 2017 und 2018 zu einer Inobhutnahme des Kindes bzw. der Kinder?
4. Gab es im Nachgang zu diesen Inobhutnahmen strafrechtliche Konsequenzen? Wenn ja, in wieviel Fällen?
5. Hinweisgeber müssen zum eigenen Schutz anonym behandelt werden. Sind der Landesregierung Fälle bekannt, in denen diese Anonymität nicht gewahrt worden ist? Wenn ja, wie viele und wo?
6. Gab es Fälle, in denen wegen Nichtwahrung der Anonymität Hinweisgeber attackiert worden sind?
7. Muss ein Hinweisgeber in jedem Fall eine Stellungnahme mit Ergebnis der Behördenuntersuchung des angezeigten Falles erhalten?